



**Stadtamt Braunau am Inn
Stadtplatz 38, 5280 Braunau am Inn**

Verhandlungsschrift

über die am Donnerstag, den 12. Dezember 2019, im Veranstaltungszentrum stattgefundene Sitzung des

Gemeinderates

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21:48 Uhr

Vorsitzender: Bgm. Mag. Johannes Waidbacher

Gemeinderatsmitglieder:

ÖVP-Fraktion: Vbgm. Florian Zagler BA, StR Doris Haubentrath, StR Dir. Josef Knauseder MMBA, GR Fabian Graf, GR Zoran Šijaković, GR Marco Baccili, GR Stefanie Stoffle, GR Anna Stoiber, GR HR Eva Gaisbauer, GR Mag. Matthias Kritzing MA, GR Alfred Hermann, GR Anton Bernroithner

Entschuldigt: GR Gerhard Bruckbauer, GR Peter Lehrer

Ersatz: GRE Hubert Stallinger (für Bruckbauer), GRE Mag. Gerald Hamminger (für Lehrer)

FPÖ-Fraktion: Vbgm. Hubert Esterbauer, StR Ing. Mag. Gerhard Haberfellner, GR Ing. Hans Pill, GR Daniel Steinkogler, GR Christian Bachinger, GR Peter Schiller, GR Adolf Burgstaller, GR Franz Köstler

Entschuldigt: GR Matthias Friedl

Ersatz: GRE Brigitte Ortner

SPÖ-Fraktion: StR DI Wolfgang Grabner-Sittenthaler, GR Gabriele Knauseder MSc, GR Rudolf Eiblmaier, GR Ing. Günter Weibold, StR Michaela Feichtenschlager, GR Günter Mikula, GR Rudolf Streitberger, GR Friedrich Wagner

Entschuldigt: GR Mag. Karl Felbermair

Ersatz: GRE Renate Mann

GRÜNE-Fraktion: StR Lizeth Außerhuber-Camposeco, GR Mag. Dipl. Ing. Manfred Hackl, GR DI Manuel Parfant

Entschuldigt: GR NR David Stögmüller

Ersatz: GRE Helga Hackl

Anwesende Gemeindebedienstete:

Dr. Robert Bernroithner, Mag. Andreas Reiter, Dipl. Ing. Karl Schug, RD Karl Probst, Gisela Lahner

Schriftführerin: Gisela Lahner

Der Vorsitzende eröffnet die Gemeinderatssitzung und stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 17.10.2019 aufliegt und diese als genehmigt gilt, wenn bis Ende der Sitzung kein Einwand erhoben wird.

A:

I. Anträge des Bürgermeisters:

1. Behandlung der in der Tagesordnung unter Teil „B“ angeführten Verhandlungsgegenstände

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Vbgm. Esterbauer bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt zum Thema Parkhaus. Das Parkhaus beschäftigt einen nun, seit man das erste Mal davon gehört hat. Damals lagen die kolportierten Kosten bei 3,4 Mio. Euro, mittlerweile ist man bei 4,3 Mio. Euro. Man hat jedoch noch keinen Spatenstich gemacht und hat aber trotzdem schon eine erhebliche Kostensteigerung. Nachdem die Gemeinde bei diesem Parkhaus mit 49% beteiligt ist und dadurch auch die Kosten von 49% zu tragen hat, ist er schon der Meinung, dass alles was das Thema Parkhaus betrifft auch die Öffentlichkeit betrifft und diese daher auch Bescheid wissen sollte. Er stellt daher den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt im Teil A, also dem öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung, zu verhandeln.

GR DI Parfant erläutert, dass man dieses Mal zwei Punkte im B-Teil hätte. Der erste Punkt betrifft das Parkhaus, das einen seit Jahren verfolgt. Eigentlich sollte es laut der Machbarkeitsstudie schon fertig sein. Die Kosten haben sich nun um 30% gesteigert und liegen somit bei 4,3 Mio. Euro. Inhaltlich geht es heute um den Vertragsabschluss und man ist der Ansicht, dass die Bevölkerung Bescheid wissen sollte, was genau passiert. Der zweite Punkt betrifft den Industriepark Braunau-Neukirchen. Hier gab es im März, auch im vertraulichen Teil einem Beschluss, dass die Stadtgemeinde Braunau 70ha Wald in den Industriepark einbindet. Auch damals gab es die Kritik, dass die Bevölkerung sehr wohl das Recht hat, wenn die Stadt Flächen in den Industriepark einbringt und dass sie eine Information dazu bekommt. Nun ist man bei einem nächsten Schritt, es sollen nun fast 39ha an die AMAG verkauft werden, es handelt sich um einen Optionsvertrag, der im vertraulichen Teil behandelt werden soll. Da es hier schon einen Vertrag gibt, der irgendwann den Verkauf beinhalten wird, ist er auch der Meinung, dass auch dieser Punkt im öffentlichen Teil behandelt werden sollte. Deshalb wird seine Fraktion hier nicht zustimmen und dem Gegenantrag der FPÖ folgen.

Bgm. Mag. Waidbacher ist dies alles bewusst, er möchte jedoch festhalten, dass es auch für ihn, der die Tagesordnung zu erstellen hat, immer eine Gratwanderung ist. Er kann es sich im Endeffekt nicht aussuchen, ob er hinunterfällt, er kann sich nur aussuchen, auf welcher Seite er hinunterfällt. Es ist immer eine Gratwanderung zwischen Öffentlichkeit und Transparenz auf der einen und Datenschutz auf der anderen Seite. Und genau darum geht es. Letztendlich entscheidet auch nicht er alleine, ob ein Tagesordnungspunkt vertraulich behandelt wird, sondern der gesamte Gemeinderat. Deshalb lautet der Antrag im ersten Tagesordnungspunkt auch ob die erwähnten Punkte im vertraulichen B-Teil behandelt werden sollen oder eben nicht.

StR DI Grabner-Sittenthaler erklärt, dass die SPÖ-Fraktion dem Gegenantrag nicht zustimmen wird aus den vom Bürgermeister soeben genannten Gründen. Zum zweiten weiß die SPÖ-Fraktion von der Kostensteigerung ebenfalls erst seit kurzem und man will die Information nicht zeitgleich mit der Bevölkerung bekommen, sondern die erhaltenen Informationen zuerst intern beraten. Natürlich ist es auch so, dass dies den Gegnern des Projektes in die Hand spielt, wenn es zu solchen Kostensteigerungen kommt, mit denen niemand glücklich ist. Andererseits muss man aber auch sagen, dass Projekte dieser Größenordnung, in ganz Österreich, immer mit geringen oder höheren Kostensteigerungen verknüpft sein werden. Es dauert auch schon ziemlich lange, dass diese Projekte in die Gänge kommen, und die Gründe kennen alle. Aus dem Grund ist man zwar nicht glücklich mit der Kostensteigerung, aber man muss sie einmal so zur Kenntnis nehmen bzw. intern in der Fraktion beraten. Zum zweiten Punkt ist es ähnlich. Da werden Sachen kolportiert, bei denen er sich nicht ganz sicher ist, ob sie so stimmen. Auch hier glaubt er, ist es die Aufgabe der Mandatäre, zuerst intern darüber zu beraten und nicht gleich raus zu preschen für eine gute Schlagzeile in der Presse. Abgesehen davon sind diese Dinge noch relativ weit in der Zukunft, wie man weiß, aber es wird schon wieder so getan, als würde übermorgen der ganze Wald gerodet. Da ist man noch in einem ganz weiten Zeithorizont und aus diesem Grund will man diese beiden Tagesordnungspunkte im B-Teil behandeln.

GR Baccili erörtert, dass auch seine Fraktion den Gegenantrag nicht unterstützen wird, weil man ebenfalls der Ansicht ist, dass diese Punkte ganz bewusst im B-Teil sind. Er bittet ebenfalls darum, wie schon Herr StR DI Grabner-Sittenthaler, nicht gleich alles an die Presse weiterzugeben, denn ohne Grund, sind diese Angelegenheiten nicht im vertraulichen Teil.

GR DI Mag. Hackl stimmt zu, dass das die Gratwanderung zwischen Vertraulichkeit und Transparenz ist, genau dieses Problem hat der Bürgermeister. Aber seine Fraktion steht hier mehr für die Transparenz und nicht so sehr für das Diskutieren im Hinterzimmer. Ihnen ist die Transparenz hier wichtiger, vor allem wenn es um sehr viel Geld geht und um sehr große Grundstücke. Die Aussage von Herrn StR DI Grabner-Sittenthaler, dass die Ausbaupläne noch sehr weit in der Zukunft liegen mögen, ja das kann stimmen, aber mit einem Verkauf dieses Grundstückes verliert die Gemeinde sämtliche Kontrolle darüber, was mit diesem Grundstück passieren soll. Natürlich sieht man ein, dass die AMAG sich Grundflächen für einen weiteren Ausbau sichern möchte, man möchte auch keine unliebsamen Nachbarn haben, man möchte gewisse Reserven für ein weiteres Wachstum haben, das ist alles verständlich. Aber die Gemeinde

verliert so jegliche Mitsprachemöglichkeit, wenn dann die AMAG tatsächlich etwas baut. Wenn man weiterhin Eigentümer des Grundstückes bleibt, kann man im Anlassfall darüber diskutieren, ob ein Ausbauplan der AMAG gerechtfertigt ist, oder ob es etwas ist, das der Bevölkerung zugutekommt, oder ist es etwas, das für die AMAG notwendig ist, dann hat man ein Mitspracherecht. Das würde man aber verlieren, auch dann, wenn es erst in zehn Jahren ist.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über den Gegenantrag von Herrn Vbgm. Esterbauer abstimmen.

Antrag:

Behandlung des Tagesordnungspunktes B I/1 zum Thema Parkhaus im Teil A der Gemeinderatssitzung.

Beschluss:

Antrag abgelehnt

Für den Antrag:

FPÖ- und Grüne-Fraktion

Gegen den Antrag:

ÖVP- und SPÖ-Fraktion

Da der Gegenantrag abgelehnt wurde lässt **der Vorsitzende** über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

Antrag:

Behandlung dieser Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP- und SPÖ-Fraktion

Gegen den Antrag:

FPÖ- und Grüne-Fraktion

2. Offene Abstimmung gem. § 52 Oö. Gemeindeordnung 1990 für nachfolgende Wahl (gesamter Gemeinderat, Einstimmigkeit erforderlich)

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP I/2 abstimmen.

Antrag:

Offene Abstimmung gem. § 52 Oö. Gemeindeordnung 1990

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

3. Nachwahlen der Grünen-Fraktion (Fraktionswahl, absolute Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder)

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR DI Mag. Hackl erklärt, dass der Grund für diese Nachbenennungen, die Tatsache ist, dass Herr GR David Stögmüller inzwischen in den Nationalrat gewechselt ist und daher nicht mehr so viel Zeit in Braunau sein wird. Somit ist es vernünftiger, wenn man seine Aufgaben in Braunau übernimmt.

Bgm. Mag. Waidbacher lässt Herrn GR NR Stögmüller herzlich grüßen. Er denkt, dass dieser mit seinen neuen Aufgaben sehr eingespannt ist und diese auch nicht sehr einfach sind.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP I/3 abstimmen.

Antrag:

- a) Frau GRE Helga Hackl wird als Mitglied in den Sozialausschuss gewählt
- b) Herr GR Mag. DI Manfred Hackl wird als Mitglied in den Sportausschuss gewählt
- c) Frau StR Lizeth Außerhuber-Camposeco wird als Mitglied in den Sozialhilfeverband gewählt
- d) Herr GR DI Manuel Parfant wird als Ersatzmitglied in den Verkehrsausschuss gewählt
- e) Herr GR DI Manuel Parfant wird als Ersatzmitglied in den Sportausschuss gewählt
- f) Herr GR Mag. DI Hackl wird als Ersatzmitglied in den Sozialhilfeverband gewählt

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(durch Grüne-Fraktion)

an Tr am 16.12.2019 / La

4. Nachwahl der FPÖ-Fraktion (Fraktionswahl, absolute Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder)

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

StR Ing. Mag. Haberfellner denkt, dass man meinen könnte, dass die FPÖ-Fraktion einen ziemlichen Verschleiß an Vizebürgermeistern hat, das möchte er jedoch entkräften. Der Wechsel von ihm zu Herrn StR Esterbauer war von Anfang an so geplant. Er hat sich damals bereit erklärt, dass er das Amt interimsmäßig übernimmt. Der Grund liegt darin, dass Herr StR Esterbauer aufgrund der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft nicht gleich übernehmen konnte. Somit hat er sich bereit erklärt interimsmäßig zu übernehmen, bis alles geklärt ist. Das ist nun der Fall und um es mit den Worten des leider verstorbenen Nicki Lauda zu sagen – dann ist es

selbstverständlich und logisch, dass man jetzt die Umbesetzung macht. Er macht das mit einem lachenden und auch mit einem weinenden Auge. Mit einem lachenden, weil alles gut und wie es zu erwarten war ausgegangen ist. Mit einem weinenden, weil er es sehr gerne gemacht hat für die Gemeinde. Er hat sich über jede Einladung gefreut und er ist auch überall gerne hingegangen. Aber das heißt nicht, dass man ihn los ist, er bleibt Stadtrat, und er geht nach wie vor gerne zu Veranstaltungen, wenn er eingeladen wird. Abschließend wünscht er Herrn StR Esterbauer viel Erfolg.

Bgm. Mag. Waidbacher möchte sich persönlich und im Namen der Stadtgemeinde bei Herrn StR Haberfellner für die äußerst gute Zusammenarbeit bedanken. Auch dafür, dass er immer ein offenes Ohr hatte, wenn er ganz kurzfristig einen Ersatz gebraucht hat. Er weiß, dass dies nicht immer einfach zu organisieren ist, aber er weiß es auch sehr zu schätzen, auch von allen anderen, die im Stadtrat tätig sind. Manchmal ist es so, dass die Einladungen äußerst knapp eintreffen, und dann ist es extrem schwierig jemanden zu finden, der dann zu den Veranstaltungen geht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP I/4 abstimmen.

Antrag:

Nachwahl des zweiten Vizebürgermeisters:

Herr StR Hubert Esterbauer wird in die Funktion des zweiten Vizebürgermeisters berufen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(durch FPÖ-Fraktion)

an Tr am 16.12.2019 / La

Herr Stadtrat Hubert Esterbauer wird anschließend durch Frau HR Mag. Gaisbauer zum zweiten Vizebürgermeister der Stadt Braunau angelobt. Diese nimmt die Angelobung in Vertretung von Frau Bezirkshauptfrau Mag. Yvonne Weidenholzer vor.

**5. Nachwahl der FPÖ-Fraktion
(Fraktionswahl, absolute Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder)**

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP I/5 abstimmen.

Antrag:Entsendung in den Bildungsausschuss:

Herr StR Ing. Mag. Gerhard Haberfellner wird als Mitglied in den Bildungsausschuss gewählt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(durch FPÖ-Fraktion)

an Tr am 16.12.2019 / La

**6. Agenda 21-Prozess,
Arbeitsprogramm 2020+**

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

StR Außerhuber-Camposeco hat mit viel Freude dieses Papier sehr genau gelesen. Sie denkt, dass dies wirklich eine gute Grundlage ist. Ganz besonders freut es sie, dass es wirklich eine große Absicht gibt die Stadt zu begrünen. Auch die Begegnungszone am Stadtplatz bereitet ihr große Freude. Es gibt noch weitere viele Stichwörter, die sie sehr gut mittragen kann. Sie wird hier somit mit Freude zustimmen. Nicht zuletzt möchte sie sagen, dass man den Prozess „Zusammenleben in Braunau“ aufgrund des Prozesses Agenda 21 gestartet hat. Es zahlt sich aus, dass man sich mit Themen auseinandersetzt und man versucht, etwas voran zu treiben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP I/6 abstimmen.

Antrag:

Das Braunau21 Arbeitsprogramm 2020+ mit den Schwerpunktthemen, Leitprojekten und Ideenspeicher laut Beilage Stand 11/2019 wird zur weiteren Umsetzung im Agendaprozess empfohlen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an KK am 16.12.2019 / La

II. Anträge des Finanzausschusses:

1. Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Braunau am Inn und Co KG; Voranschlagsentwurf 2020; Zustimmung der Stadtgemeinde Braunau als Kommanditistin

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR DI Parfant sagt, dass ausgabenseitig soeben alles erläutert wurde, wie die Sanierung des Meiereitrakts – die Ranshofner werden sicher froh sein, wenn die Sanierung des Schlosses Ranshofen abgeschlossen ist. Schade ist, dass es nichts mit den Musikvereinen im Schloss geworden ist. Zum Veranstaltungszentrum – die Ausgaben im Innen- und Außenbereich sind natürlich im Sinne der Grünen Fraktion, man ist auch froh, wenn die Beleuchtung dann zeitgemäß ist. Die Ausgabe für die Klimaanlage wurde bereits einmal kritisiert, weil sie ihres Erachtens nicht notwendig ist. Man hat sich lange überlegt, was man mit diesem Budget machen soll, aber da es doch viele positive Sachen beinhaltet, wird man dem ganzen zähneknirschend zustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/1 abstimmen.

Antrag:

Dem Voranschlag für das Finanzjahr 2020 wird laut beiliegendem Entwurf zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2019 / La

2. Aufnahme eines Kassenkredites in Höhe von EUR 5,000.000,00 bei der Salzburger Sparkasse Bank AG für das Finanzjahr 2020

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/2 abstimmen.

Antrag:

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Gemeindekasse wird der bei Salzburger Sparkasse Bank AG, Hauptgeschäftsstelle Braunau, der am 10.11.2011 aufgenommene und jährlich zurück zu zahlende Kassenkredit in Höhe von EUR 5.000.000,00 unter Zugrundelegung der vorliegenden Kreditprolongation vom 08.10.2019 für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2020 verlängert.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2019 / La

3. Wassergebührenordnung – Gebührenfestsetzung für das Haushaltsjahr 2020 (Beilage)

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/3 abstimmen.

Antrag:

Für die Stadtgemeinde Braunau wird eine Wassergebührenordnung laut vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 22.11.2019 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2019 / La

4. Kanalgebührenordnung – Gebührenfestsetzung für das Haushaltsjahr 2020 (Beilage)

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/4 abstimmen.

Antrag:

Für die Stadtgemeinde Braunau wird eine Kanalgebührenordnung laut vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 22.11.2019 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2019 / La

5. Abfallgebühren 2020 (Beilage)

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/5 abstimmen.

Antrag:

Die Abfallgebührenordnung wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 19.11.2019 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIb am 16.12.2019 / La

6. Friedhofsgebührenordnung (Beilage)

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR DI Mag. Hackl erläutert, dass er das Thema bereits im Finanzausschuss angesprochen hat. Die Erhöhung der Friedhofsgebühren um 25 Prozent ist auf einmal doch viel. Er rät dazu, zukünftig die Friedhofsgebühren lieber in kleineren Schritten zu erhöhen und nicht so lange zu warten und dann gleich so einen großen Schritt zu machen. Hier ist er bei StR Knauseder aber ohnehin an der richtigen Stelle, da dieser bei beiden Stellen im Vorstand sitzt.

Bgm. Mag. Waidbacher glaubt, dass es hier darum gegangen ist, dass die Friedhofsgebührenordnung der Stadt Braunau ziemlich von der Diözesan-Verordnung abgewichen ist, die eigentlich für alle Friedhöfe gleich ist. Deswegen hat man es auf ein einheitliches Niveau angepasst. Er denkt, dass man in einem weiteren Schritt die Vereinbarung mit der Diözese bzw. mit der Pfarre anpassen wird müssen.

StR Dir. Knauseder schließt sich grundsätzlich der Meinung von Herrn GR DI Mag. Hackl an. Es möge einem die Bezahlung für einen selbst noch möglichst lange erspart bleiben. Er bedankt sich für die Anregung, man liegt hier mit 200,- Euro im Vergleich zu anderen Städten bzw. anderen Gemeinden im Mittelfeld und ist weit von einer oberen Spitze entfernt. Er denkt das ist wichtig im Sinne der Gemeinde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/6 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund § 17 Abs. 3 Zi. 4 Finanzausgleichsgesetz 2017 in Verbindung mit der Friedhofsordnung der Stadtgemeinde Braunau am Inn wird für die Stadtgemeinde Braunau am Inn eine Friedhofsgebührenordnung laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Verordnungsentwurf vom 05.11.2019 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ib am 16.12.2019 / La

**7. Hebesätze für Grundsteuer A und B
Lustbarkeitsabgabeordnung
Hundeabgabeordnung**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Burgstaller bezieht sich auf die Hundeabgabeordnung. Herr Bgm. Mag. Waidbacher ist nun schon der vierte Bürgermeister, der die Hundeabgabeordnung wie eine heiße Kartoffel herum schiebt, aber irgendwann gehört auch hier der Betrag einmal reformiert, man ist hier ewig hinten dran.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/7 abstimmen.

Antrag:

Die bestehenden Verordnungen hinsichtlich Grundsteuer, Lustbarkeitsabgabe und Hundeabgabe bleiben weiterhin in Kraft.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, SPÖ-, Grüne Fraktion

Vbgm. Esterbauer, StR Ing. Mag. Haber-

fellner, GR Ing. Pill, GR Steinkogler

GR Bachinger, GR Schiller, GR Köstler

GRE Ortner

Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung:

GR Burgstaller

an IIa am 13.12.2019 / La

**8. Tarifordnung für die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung
öffentlichen Gutes (Beilage)**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/8 abstimmen.

Antrag:

Die Tarifordnung für die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung öffentlichen Gutes wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 18.11.2019 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2019 / La

9. Voranschlag für das Haushaltsjahr 2020

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

StR Ing. Mag. Haberfellner findet, wenn man sich den Voranschlag so physisch ansehen könnte, könnte man meinen er wäre genauso wie letztes Jahr oder vor zwei oder drei Jahren, aber weit gefehlt. Dieser Voranschlag wurde in der VRV2015 gemacht und es war natürlich viel mehr und viel neue Arbeit. Es gibt jetzt den Ergebnishaushalt, den Vermögenshaushalt und den Finanzierungshaushalt, wobei der Finanzierungshaushalt in etwa dem Voranschlag oder dem Budget entspricht, das man in den letzten Jahren mehr oder weniger gut gekannt hat. Das alles ist ja recht schön und gut, aber erwähnt werden muss, dass zum Teil die Erlässe sehr spät gekommen oder wieder geändert worden sind. Und zu guter Letzt auch das Computerprogramm, mit dem man das Budget erstellt, nicht fertig oder nur teilweise fertig war oder nicht funktioniert hat. Man musste dann wieder auf herkömmliche Mittel umsteigen wie Excel, bei manchen Firmen ist Excel ohnehin noch sehr beliebt und das Hauptpräsentations- oder Kalkulationstool. Aber trotzdem, es erschwert das ganze schon ungemein. Da darf man wirklich stolz sein als Gemeinde Braunau, einen Voranschlag pünktlich zur Gemeinderatssitzung hier vorliegen zu haben. Hier möchte er sich auch nochmals recht herzlich bei Herrn RR Karl Probst bedanken, der aus seinem wohlverdienten Ruhestand zurückgekommen ist und das federführend ermöglicht hat.

Herr RR Probst möchte hier unterbrechen und sich in erster Linie beim gesamten Team bedanken. Nur gemeinsam war es möglich, dass man eine solche Arbeit so schnell erledigen konnte.

StR Ing. Mag. Haberfellner schließt sich dem an und bedankt sich beim gesamten Team. Er möchte hier nicht alle Zahlen wiederholen, erstens, weil er sie nicht auswendig weiß und zweitens hat sie Herr StR Knauseder schon sehr ausführlich und detailliert wiedergegeben. Er möchte sich auf einzelne Kennzahlen beschränken und diese aus der Sicht seiner Fraktion kommentieren. Beginnen möchte er mit der Kommunalsteuer, die mit 11,9 Millionen sehr erfreulich budgetiert wurde. Einem Plus von 3 Prozent. Die Kommunalsteuer ist natürlich ein wesentlicher Faktor, damit man die Wirtschaftskraft einer Gemeinde abschätzen kann, man ist hier am richtigen Weg. Natürlich darf man sich aber auf den Lorbeeren nicht ausruhen und muss schauen, dass man den Wirtschaftsstandort Braunau weiter festigt und verbessert. Die Kommunalsteuer ist auch eine der wenigen Einnahmen, die man selbst steuern kann

und somit ein sehr wichtiger Faktor für die Zukunft, um durch diese Einnahmen Projekte finanzieren zu können.

Weiter zum Thema Gemeindefinanzierung NEU, wie jedes Jahr, prinzipiell gute Idee, aufgabenorientiert, transparent, super, aber das kann man auch von der DSGVO sagen - der Grundgedanke war sehr gut, das Ergebnis für die Firmen ist zum Teil sehr problematisch und sehr schwierig. Die Details möchte er hier gar nicht erläutern. Gemeindefinanzierung NEU für Braunau bedeutet einen Fördersatz von nur 20%. Man ist natürlich sehr benachteiligt gegenüber anderen, kleineren Gemeinden, die einen viel höheren Fördersatz haben. Was natürlich heißt, dass verschiedene Projekte sehr schwierig zu finanzieren sein werden, vielleicht auch gar nicht mehr. Aber gut, damit muss man vorerst einmal leben.

Somit möchte er schon auf die Projekte eingehen. Am Projekt Bahnhof ist ja heuer sehr viel passiert und es wird noch weiter etwas passieren, ein Vorzeigeprojekt. Ganz wichtig ist auch der Kindergarten Neustadt, der ihm sehr am Herzen liegt und mit 1,5 Mio. Euro budgetiert ist. Und auch die Sanierung des Stadions Ranshofen, die unbedingt notwendig war und sich mit 760.000 Euro zu Buche schlägt. Ein sehr positiver Aspekt bezüglich der Straßenbeleuchtung ist auch, dass hier sehr viel passiert ist und auch nächstes Jahr wieder viel passieren wird. An Straßen, an denen man Abends nichts mehr gesehen hat, ist es jetzt schon viel besser und wird auch von vielen Bürgern gelobt. Bezüglich Straßenbau sind im Budget 1,7 Mio. vorgesehen. Ein ambitionierterer Ansatz, nur muss man hier wirklich sagen, wenn man vom strategischen Straßenbau für die nächsten Jahre ausgeht, muss man mit über 1 Mio. Euro rechnen, um überhaupt den Zustand, wie er jetzt ist, beizubehalten, also kein Neubau und keine Sanierung drinnen ist. Das heißt natürlich auch in Zukunft, dass man mit Straßen rechnen muss, die eher schlechter als gut sind.

Ein weiterer Punkt, wie jedes Jahr, ist der Personalaufwand, der wieder gestiegen ist. Auf 12,7 Mio Euro. Man muss natürlich ehrlicher Weise sagen, dass ein Drittel schon für die Kindergärten anfällt. Allerdings möchte er auch erwähnen, dass die ausgelagerten Dienste, die man eigentlich hinzurechnen müsste, nicht eingerechnet sind. Bezüglich Personal ist die Gemeinde, wegen der Entlohnung für Gemeindebedienstete, aber ohnehin in einer Zwickmühle. Man ist mit der freien Wirtschaft überhaupt nicht konkurrenzfähig, das heißt, gutes Personal ist nach wie vor sehr schwierig zu akquirieren. Das wird auch in der Zukunft nicht besser, vielleicht noch schwieriger.

Generell wird man in der Zukunft wahrscheinlich den Gürtel enger schnallen müssen, er möchte nur die üblichen Verdächtigen erwähnen, den SHV und den Krankenanstaltenbeitrag, der 11,7 Mio. Euro beträgt. Da hat man noch nichts gemacht, noch keinen Finger gerührt, muss man das schon ausgeben.

Zu den Schulden, 32,5 Mio. Euro, ist natürlich kein Pappenstiel, man muss das Ganze aber im Vergleich zur Finanzkraft der Stadtgemeinde Braunau und der einzelnen Bürger generell sehen. Insofern ist es wieder vertretbar. Einen Punkt möchte er noch herausgreifen – die Förderungen. Mit der Verteilung der Förderungen auf die einzelnen Vereine ist man nicht immer ganz konform gegangen, aber er möchte hier die Details gar nicht wiedergeben, dies hat man ja bereits in den Ausschüssen und in den einzelnen Punkten bei den Gemeinderatssitzungen gemacht und man wird auch heute dazu noch Stellungnahmen abgeben.

Abschließend möchte er noch sagen, dass man dem Budget zustimmt.

GR DI Mag. Hackl sieht das Budget nicht ganz so euphorisch wie Herr StR Knauseder. Es ist in Ordnung aber viel euphorischer ist er nicht. Das Budget 2020 steht im Zeichen großer Umbrüche, wie schon mehrfach erwähnt wurde. Die VRV 2015 ist seit 5 Jahren bekannt, jetzt wurde sie umgesetzt. Die Aufwände wurden von Herrn StR Knauseder bereits erwähnt, es hat sicher einige 100.000 Euro an Kosten verursacht, was das ganze dann bringt ist ihm aber noch nicht klar. Aber er glaubt er ist nicht der Einzige, der hier seine Zweifel daran hat, ob dieser Aufwand, diese Kosten der Umstellung wirklich irgendwann durch eine feste Buchhaltung wieder hereinkommen werden. Der letzte große Umbruch waren natürlich die Zuständigkeiten, Herr RR Probst und sein Team, die das Budget wieder übernommen haben, nachdem seine Nachfolgerin und somit auch Vorgängerin leider abhanden gekommen ist. Der Dritte große Umbruch, die Gemeindefinanzierung NEU, die dazu führt, dass man im Schnitt nur noch 20% der Investitionskosten vom Land Oö. gefördert bekommt. Den Rest muss die Gemeinde selbst tragen. Beispiel Kindergarten Neustadt mit 2,5 Mio. Euro Gesamtbaukosten und 2 Mio. Euro bleiben der Stadtgemeinde Braunau. Grundsätzlich wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn die Gemeinde sogar 100% der Kosten selber zahlen würde, wenn man auch das Geld dafür bekommen würde. Aber da ist das Land leider in einer Position, im Mittelalter hätte man sie eher als Raubritter bezeichnet, die halt die Leute die sich nicht wehren können ausnehmen, wo es nur geht, und das genau macht das Land Oö. auch mit den Gemeinden. Versteckt wird das ganze unter so schönen Begriffen wie Landesumlage, wo sich das Land 2 Mio. Euro der Gelder, die der Gemeinde aufgrund des Finanzausgleichs eigentlich zustehen, einfach wieder holt, ohne dass sich die Gemeinde dagegen wehren kann. Die Umlagen für SHV, Krankenanstaltenbeitrag, RHV, wurden bereits erwähnt. Viele Millionen Euro, und jedes Jahr werden es noch mehr. Den größten Coup hat das Land Oö. sich dann heuer im Sommer geleistet, als man plötzlich überfallsartig beschlossen hat, die Finanzierung des Citybusses auf neue Beine zu stellen. Vorher gab es eine durchaus faire Kostenteilung – 50% Gemeinde, 50% Land. Plötzlich sagt das Land Oö., die schwarz-blaue Regierung unter Landeshauptmann Stelzer, nein sie zahlen nur noch 1/3 und 2/3 muss die Gemeinde selbst zahlen. Und als Gemeinde kann man eigentlich nur Ja oder Ja dazu sagen. Mit so einer Politik kann der Landeshauptmann natürlich ganz leicht ein ausgeglichenes Budget schaffen, wenn er von den Gemeinden das Geld wegnimmt. Dann kann er natürlich mal Autobahnen in Linz bauen.

Der vierte große Umbruch, der in den letzten Jahren jetzt wirklich virulent geworden ist, ist der Klimawandel, der immer mehr in das Bewusstsein der Leute tritt. Langsam wird bewusst was man in den letzten 150 Jahren Industriegeschichte auf der Welt angestellt hat. Dass eben der CO2 Gehalt in der Atmosphäre schon so hoch ist, dass man wirklich merkt, was auf einen zukommt. Dieser Klimawandel und die Maßnahmen um damit fertig zu werden, schlagen sich im Budget bisher noch kaum nieder, das wird sich in den nächsten Jahren aber ändern müssen und wird sich wahrscheinlich auch ändern. Ein Bereich in dem die Stadtgemeinde Braunau sehr aktiv ist, ist die Umsetzung des Gesamtenergiekonzepts, das man vor vielen Jahren gemeinschaftlich beschlossen hat und mit Hilfe eines externen Experten auch in die Wege geleitet hat. Hier ein großer Dank an den Vorsitzenden und Obmann des Bau- und Umweltausschusses Herrn Manuel Parfant und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtgemeinde, die hier wirklich immer wieder sehr großartige Ideen einbringen und viele Maßnahmen setzen, um den Energieverbrauch der Stadtgemeinde zu

reduzieren. Im nächsten Jahr ist zum Beispiel vorgesehen eine Photovoltaik-Anlage auf den Kabinen des Freibades zu errichten um dort mit Hilfe der Sonnenenergie das Wasser zu erwärmen und auch im Winter dann Strom für das Hallenbad zu produzieren. Oder der Austausch der Straßenbeleuchtung auf LED, zwei Stadtteile wurden bereits durchgeführt, nächstes Jahr steht der Stadtteil Haselbach am Programm. Dort soll damit der Energieverbrauch auch sinken.

Auch im Kindergarten Neustadt, der nun endlich saniert wird, soll eine Geothermieheizung eingebaut werden, auch dort sollten dann Energiesparmaßnahmen greifen. Es gibt auch noch einige Tendenzen, die diesen Sparmaßnahmen entgegenstehen, das sind zum Beispiel der Einbau von Klimaanlage im VAZ oder im Schloss Ranshofen, wodurch der Energieverbrauch wieder steigen wird. Eine ganz große Baustelle hat man im Verkehrsbereich, hier steigt ja bekanntlich weltweit und auch hier in Braunau immer noch der Energieverbrauch und damit auch die CO₂ Ausschussmenge. Man hat einen Citybus hier in Braunau, schon seit vielen Jahren. Der Citybus kostet sehr viel Geld und wird auch gut angenommen, aber das ursprüngliche Ziel, nämlich damit eine Verlagerung des Verkehrs vom Autoverkehr auf den öffentlichen Verkehr zu erreichen ist bisher leider noch nicht gelungen. Hier sollte man noch weiter darüber nachdenken, vielleicht schafft man es auch hier eine bessere Verlagerung zu erzielen.

Was im Budget fehlt, gerade im Bereich des Verkehrs, sind Lärmschutzmaßnahmen an der B148. Wie allen bekannt sein wird, kommt die A94 immer näher nach Braunau und damit wird das Verkehrsaufkommen auch in den nächsten Jahren ganz massiv steigen und damit auch die Lärm- und Abgasbelastung. Hier ist noch einiges zu tun.

Bedauerlich sind die Schulden, die die Stadtgemeinde Braunau im nächsten Jahr anhäufen wird, nämlich von 29,5 auf 32,5 Mio. Euro. Gleichzeitig werden die Rücklagen von 4,3 Mio. auf 382.000 Euro zurückgehen. Damit hat sich der Vermögensstand der Stadtgemeinde massiv verschlechtert, was bedauerlich ist. Hier sollte man sich auch etwas überlegen.

In Summe ist zum Budget zu sagen, dass für ihn etwas mehr Licht als Schatten ist, weswegen man dem Budget zustimmen wird.

GR Ing. Weibold denkt, dass zwar schon alles gesagt wurde, aber noch nicht von allen. Er möchte sich ganz kurz halten und nicht nur auf die Zahlen eingehen, weil das ja wirklich ermüdend ist, obwohl Herr StR Knauseder es sehr bildlich gebracht hat. Man hat, wie man schon gehört hat, den Voranschlag nach der VRV 2015, was eine Mammutaufgabe für die Mitarbeiter war, er möchte sich daher bei Herrn RR Probst und seinem Team für die Sisyphusarbeit bedanken. Wenn man sagt, das Budget ist die in Zahlen gegossene Politik, dann muss man sagen, dass man eigentlich nur 41,6% Politik machen kann. Denn 58,4% werden, wie schon erwähnt, einfach wieder genommen. Das ist der Krankenanstaltenbeitrag, das ist die SHV-Umlage, die Beträge wurden schon erwähnt, das ist die Landesumlage, wo er ganz bei Herrn DI Hackl ist, die seines Erachtens eine Frechheit ist. Man lässt einfach etwas zahlen, das einem zusteht ohne eine Leistung zu bekommen. Den einzigen Rückgang, den man bei den Transferbeiträgen verzeichnen kann, ist die Zahlung an den RHV, den Reinhaltungsverband von Braunau und Umgebung, hier hat man Minderkosten von 23.000 Euro. Er sagt das auch deswegen, nicht, weil er dort Obmann ist, sondern weil man eine Belegschaft hat, die wirklich engagiert arbeitet und alle Optimierungsschritte auch durchsetzt und durchführt. Und mit diesen Optimierungsschritten kommt man natürlich bei den Betriebskosten in Bereiche, die sich dann für die Gemeinde positiv

niederschlagen. Deswegen tut es ihm besonders weh, dass man ein Projekt, das auch wieder zur Minimierung der Betriebskosten beitragen würde, von einer Fraktion nicht mitgetragen wird, aber so ist das Leben. Er wollte damit nur sagen, wenn man sich jetzt die Steigerungen anschaut, man hat 58,4%, die eigentlich gleich wegkommen. Wenn man sich von 2016 bis 2020 die Steigerung alleine beim SHV ansieht, und das ist ja nicht irgendwas, Braunau könnte jedes Jahr ein eigenes Pflegeheim bauen, dann hat man, er sagt jetzt nicht alle Zahlen, sondern nur einen Mittelwert, 5,1% Steigerung pro Jahr beim SHV. So mancher Arbeitnehmer würde sich wünschen, dass er 5,1% jährliche Steigerung bekommt. Bei den Krankenanstaltenbeiträgen, natürlich ist man stolz auf das Krankenhaus, aber trotzdem man hat eine Steigerung in der Zeit von 2016 bis 2020 von 6,2% pro Jahr. Beim RHV, auch da wurde mal etwas erhöht, weil investiert wurde, hat man eine Steigerung von 1,1% pro Jahr. Da kommt man schon in Prozentbereiche in denen Pensionisten bedient werden. Bei der Landesumlage alleine hat man 4,4% Steigerung und er fragt, wo man einen Index haben kann, wo man 4 bis 5 oder gar 6% Steigerung hat. Man hat keine solch hohe Inflation, man hat keine Steigerung bei den Personalkosten in dem Sinn, aber man sieht, dass dort, wo man das auch nicht beeinflussen kann und wo man zwangsweise abzuführen hat, sich alle bedienen und kräftig mitschneiden.

Was ihm ein wenig weh tut, offenbar ist er bekannt dafür, das ist die hohe Personalquote. Und zwar die Steigerung beim Personalaufwand um 661.000 Euro. Es stimmt, ein Drittel davon geht auf den Kindergartenbereich zurück, aber trotzdem ist der Personalaufwand seines Erachtens noch relativ hoch, wenn man bedenkt, wie Herr GR Ing. Mag. Haberfellner schon angesprochen hat, wie viel man eigentlich ausgelagert hat, es sind Unsummen. Und es werden sehr viele Leistungen ausgelagert, das fängt bei der Planungsleistung an, die man natürlicher Weise auslagern muss, und geht bei vielen anderen Bereichen weiter die man ausgelagert hat. Diesbezüglich würde er vorschlagen und bitten, dass man diese Kosten erstens einmal so gering als möglich hält und zweitens einmal einer Qualitätssicherung unterlegt, sodass man die Leistung qualitätsgesichert abrufen kann und bekommt.

Die Investitionen wurden schon angesprochen, sehr erfreulich, 10,8 Millionen, davon hat man 370.000 Euro nur an Interessenten- und AufschlieÙungsbeiträgen und man hat die Darlehensaufnahmen im Straßen-, Wasserleitungs- und Kanalbau. Man weiß, dass man sehr hohe Rücklagen hat, die Rücklagen aber zum größten Teil zweckgebunden sind, man hat 4,3 Mio. Euro mit Stand 2019, man hat für den Investitionshaushalt 4,1 Mio. Euro, es werden dann 182.000 zugeführt, der Stand an Rücklagen ist somit 382.000 Euro. Das alleine zeigt, dass Rücklagen abschmelzend sind und man steht einer erschwerten Rücklagenbildung gegenüber. Das zeigt schon alleine der Vergleich, wenn man die Finanzausgleichsperiode von 2012 bis 2016 anschaut, in der man einen Überschuss von 8,77 Mio. Euro erwirtschaftet hat. Auf's Jahr gerechnet also 2,2 Mio. pro Jahr. Wenn man die zwei Jahre von 2017-2019 anschaut, hat man 0,6 Mio. Euro erwirtschaftet, das heißt 0,38 Mio. pro Jahr. Das alleine zeigt schon, wie es nach unten geht und wie abhängig man von der Kommunalsteuer ist und wie abhängig man ist von Einnahmen und Einsparungen. Deshalb ist es auch wichtig Aufgabenkritik und Ausgabenkritik zu üben. Wenn man alleine die Gemeindefinanzierung NEU anschaut, da können unerwartbare Ausgaben, die man nicht beeinflussen kann, auf einen zukommen. Wenn er sieht, dass wenn ein Sportverein eine Investition tätigt die vom Dachverband mit 25% gefördert wird, dann hat die Gemeinde zwingend 42% zu fördern, das ist die Finanzierung NEU. Und wenn man schaut, was hier in nächster Zeit

ansteht, kommt sehr, sehr viel auf einen zu. Man darf sich nicht auf der wirtschaftlichen Prosperität ausruhen, man darf nicht sagen, man hat 12 Mio. Euro Kommunalsteuer auf ewig und man darf sich nicht darauf verlassen, dass man dauernd Strafgeelder von 1,35 Mio. Euro einnimmt. Das heißt man muss gegensteuern und das muss, wie er denkt, Aufgabe des Strukturbeirates sein, hier Programme zu entwickeln, dass man das Schiff der Stadtgemeinde wieder durch ruhigere Gewässer führen kann. Dass Herr RD Probst wieder zurück ist, wenn er es nicht gewusst hätte, spätestens beim Lesen des Berichtes hätte er es gewusst. Der letzte Absatz lautet „Unabhängig davon wird es auch notwendig sein, weiterhin auf größtmögliche Sparsamkeit zu achten und adäquate Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, damit weiterhin eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunau gewährleistet werden kann“. Zitat Ende. Und er schließt sich an.

GR Baccili ist der letzte im Bunde der Fraktionsobmänner bzw. der Kollegen. Vorab möchte er sich recht herzlich bei Herrn RR Probst bedanken, dass er erstens in der Not der Stunde zurückgekommen ist, unterstützt und geholfen hat und zweitens dafür, dass er das neue Budget vorgelegt hat. Er kennt viele andere Gemeinden, wo das Budget erst im Februar oder März vorgelegt werden kann und deswegen möchte er sich nochmals beim gesamten Team der Buchhaltung bedanken, es wurde hier wirklich eine Monsterleistung erbracht, die ohne dem gesamten Team sicher nicht möglich gewesen wäre. Auch bei Herrn StR Knauseder möchte er sich bedanken, wenn er nicht einen so ausführlichen Bericht gemacht hätte, müsste er jetzt erst einmal 7 oder 8 Seiten vortragen, und müsste eine Stunde die Zahlen näherbringen. Deswegen hält er sich sehr kurz. Betonen möchte er aber, dass jeder Euro, der in die Jugend investiert wird, ein guter Euro ist, denn wenn man die Jugend in der Hand hat, hat man die Zukunft in der Hand. Das ist ganz wichtig. Auch heute wird noch in den Kindergarten investiert, was sehr wichtig ist. Natürlich wird seine Fraktion diesem Budget zustimmen. Auch bei Herrn GR Ing. Weibold, als Vertreter des RHV, bedankt er sich, weil dieser der einzige unter den sogenannten Big-Five ist, der günstiger wurde, was nicht selbstverständlich ist. Und auch dafür, dass er so gut als möglich unterstützt. Er bedankt sich auch bei seinen Fraktionsobmännerkollegen für die konstruktive Mitarbeit, und dass man gemeinsam das Budget gestaltet und gemeinsam für die Stadt Braunau arbeitet und etwas weiterbringt. Zum Schluss möchte er die Tradition des verstorbenen Herrn Dr. Lackner, den Wunsch ans Christkind, fortführen. Er bittet darum, dass man gemeinsam, konstruktiv für Braunau und miteinander für Braunau weiterarbeitet.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/9 abstimmen.

Antrag:

Der Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2020 wird laut beiliegendem Entwurf genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2019 / La

**10. Voranschlag 2020 und Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung;
Änderung der Prioritätenreihung**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/10 abstimmen.

Antrag:

Für die Mittelgewährung der im Voranschlag 2020 und im Investitionsplan enthaltenen Projekte wird nachstehende Prioritätenreihung beschlossen:

1. Kindergarten Neustadt – Neubau Sanierung
2. KG Stadt – Zubau
3. Sportanlage Ranshofen – Sanierung
4. Schloss Ranshofen – Sanierung Meiereitrakt
5. Stadtschulen – Weiterentwicklung (Bildungscampus)
6. Rathaus-Neubau/Sanierung

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Baccili)

an Ila am 16.12.2019 / La

Der Bürgermeister übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Florian Zagler BA.

**11. Sanierung des Veranstaltungszentrums
Beschlussfassung des Landesfinanzierungsplanes**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/11 abstimmen.

Antrag:

Der für das Projekt „Sanierung des Veranstaltungszentrums“ von der Direktion Inneres und Kommunales übermittelte Landesfinanzierungsplan vom 17.10.2019 (IKD-2019-314427-PJ), der wie folgt lautet:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2020	2021	Gesamt in EUR
Rücklagen	168.300		168.300
BZ Sonderfinanzierung		84.200	84.200
Summe in EUR :		84.200	252.500

wird vollinhaltlich zur Kenntnis genommen und beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne Bgm. Mag. Waidbacher und GR Baccili)

an Ila am 16.12.2019 / La

**12. Austausch Mehrstrahl Nassläufer gegen Ultraschall Kaltwasserzähler mit Funkauslesung; Tauschprogramm 2020 – 2024
Gesamt Vergabesumme € 333.304,00 (5 Jahre)**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Ing. Pill erklärt, dass es hier um Wasserzähler mit Funkauslesung geht, was relativ gut in sein Berufsumfeld passt. Er hat sich das auch angesehen und er hat seine Bedenken dahingehend auch im Ausschuss geäußert. Löblich erwähnen möchte er, dass auch auf seine Bedenken eingegangen wurde, es wurde alles behandelt, aber wie es mit Bedenken nun einmal so ist, nur weil sie behandelt wurden, heißt es nicht, dass alle ausgeräumt wurden. Ja, diese Funkzähler haben Vorteile, Vorteile für die Gemeinde, Einsparungspotential, Vorteile für die Bürger. Aber es gibt auch die Möglichkeiten damit Schindluder zu treiben, worauf er nicht näher eingehen möchte. Abschließend möchte er sagen, dass er sich in diesem Punkt seiner Stimme enthalten wird. Das gilt aber nicht für die gesamte Fraktion, sondern nur für ihn, weil er diese Wasserzähler einfach nicht uneingeschränkt empfehlen kann.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/12 abstimmen.

Antrag:

Von der Firma Diehl GmbH werden gemäß Angebot vom 10.09.2019 für das Zählertauschprogramm der Hausanschlusszähler 2020-24 Ultraschall Wasserzähler mit Fernauslesung, samt der erforderlichen Soft- und Hardwarekomponenten, zu einem Gesamtpreis von EUR 333.304,00 bzw. Kosten von EUR 66.660,80 jährlich angekauft. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates zur Finanzierung im Rahmen des NV 2019.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, SPÖ- und Grüne-Fraktion
Vbgm. Esterbauer, StR Ing. Mag. Haber-
fellner, GR Bachinger, GR Köstler
GRE Ortner

Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung:

GR Ing. Pill, GR Schiller, GR Burgstaller
GR Steinkogler

an IIIb am 16.12.2019 / La

Vbgm. Zagler BA über gibt den Vorsitz an Bgm. Mag. Waidbacher

13. Privilegierte Schützengesellschaft; Förderansuchen für Dachsanierung

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/13 abstimmen.

Antrag:

Die privilegierte Schützengesellschaft erhält für die Dachsanierung beim Schützenhaus mit Gesamtkosten von ca. EUR 50.000,00 eine Förderung in Höhe von 42 % der förderfähigen Gesamtkosten.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIa am 16.12.2019 / La

**14. Tennishalle Braunau;
Ersuchen um finanzielle Unterstützung für 2020**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Mikula erörtert, dass die Tennishalle als Sportanlage für die Bezirksstadt Braunau und für den Bezirk sehr wichtig ist. Die Jugendarbeit ist außerordentlich, davon hat er sich selbst überzeugt, der ganze Bezirk fährt hin. Man hat eine tolle Auslastung und man hat eine sehr gute Bilanz, zumindest hat er die 2017er Bilanz gesehen. Die Investitionen sind ihm bewusst, sie sind energiesparend, daher spart man immens Geld. Für ihn ist die GmbH somit gut aufgestellt und er sieht daher nicht unbedingt ein, warum man dann die Hausbesitzabgaben erlassen soll. Außerdem hätte für ihn, darüber hat man heute schon einmal kurz diskutiert, dieser Punkt in den Sportausschuss gehört.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/14 abstimmen.

Antrag:

Zustimmung zur Gewährung eines Förderungsbeitrages in Höhe der anfallenden Hausbesitzabgaben exklusive Umsatzsteuer (ca. EUR 4.500,00) für das Jahr 2020. Die anfallende Umsatzsteuer ist von der Tennishalle Braunau zu entrichten.

Beschluss:

Antrag angenommen:

Für den Antrag:

ÖVP-, FPÖ-, Grüne-Fraktion
GR Knauseder, GR Ing. Weibold
GR Streitberger

Gegen den Antrag:

StR DI Grabner-Sittenthaler,
GR Mikula, GRE Mann, StR Feichtenschlager, GR Eiblmaier, GR Wagner

an IIa am 16.12.2019 / La

15. Sportanlage Ranshofen; Sanierungsvorhaben und Betriebskosten

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/15 abstimmen.

Antrag:

Einer Sanierung der Sportanlage Ranshofen mit Gesamtkosten von EUR 762.300,00 und einer Förderung der Betriebskosten bis zur Inbetriebnahme der sanierten Anlage, vorerst befristet für das Jahr 2020, wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIb am 16.12.2019 / La

16. Sportanglerclub – Mattig Braunau; Ansuchen um eine Investitionsförderung**StR Dir. Knauseder MMBA** berichtet über den Tagesordnungspunkt.Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP II/16 abstimmen.**Antrag:**

Der Sportanglerclub-Mattig Braunau erhält für Investitionsmaßnahmen bei der Vereinsanlage im Campingplatzgelände eine Förderung in Höhe von 42% für Gesamtinvestitionskosten von max. EUR 50.000,00.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, FPÖ- und SPÖ-Fraktion
StR Außerhuber-Camposeco
GR DI Parfant, GRE Hackl

Gegen den Antrag:

GR Mag. DI Hackl

(Stimmenthaltung wegen Befangenheit
von GR Ing Weibold)

(ohne VbGm. Esterbauer und GR Ing. Pill)

an IIa am 16.12.2019 / La

III. Anträge des Wirtschaftsausschusses:**1. Anpassung der Bewohnerparkverordnung****GR HR Mag. Gaisbauer** berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR DI Mag. Hackl möchte zum Amtsvortrag etwas ergänzen. Es wird hier auf einen Prüfungsausschussbericht Bezug genommen. Es geht um die letzte Prüfung des Prüfungsausschusses zum Thema Bewohnerparken in der Innenstadt. Er zitiert aus dem soeben vorgetragenen Amtsvortrag: „Der Prüfungsausschuss hat eine Diskrepanz zwischen den vorhandenen Bewohnerparkplätzen und ausgestellten Bewilligungen festgestellt“, was jedoch nur einen Teil aussagt. Vor allem hat man eine Diskrepanz festgestellt, zwischen dem Verordnungstext und den tatsächlich erstellten Ausnahme-

genehmigungen an die Gewerbetreibende. Das war die Hauptkritik, der Hauptkritikpunkt. Dass die Stadtpolizei hier Ausnahmegenehmigungen vom Bewohnerparken erteilt hat, die nicht dem Text der Verordnung entsprechen. Es ging darum, dass diese Diskrepanz korrigiert wird. Er hofft, dass sich die Stadtpolizei nun künftig an den Text der Verordnung hält.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/1 abstimmen.

Antrag: (mit Verk.A.)

Die Verordnung des Gemeinderates vom 22.5.2014 wird im § 2 und 3 laut vorliegendem, vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 11.11.2019 abgeändert.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne StR Esterbauer, StR DI Grabner-Sittenthaler, GR Ing. Pill)

an Pol. am 16.12.2019 / La

2. Deponie Blankenbach; Rücktausch einer Grundfläche aus AMAG-Deponie an Stadtgemeinde Braunau am Inn

GR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/2 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Dem vorliegenden vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Tauschvertrag im Entwurf vom 07.11.2019 zwischen der Stadtgemeinde Braunau am Inn und der Austria Metall GmbH im Zusammenhang mit der Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH, GZ 18363 vom 19.04.2019, bezüglich der Grundstücke 1968/1 Wald mit 26.430 m² und 1853/9 mit 24.142 m² KG 40014 Ranshofen sowie der vertraglich vereinbarten Aufzahlung durch die Austria Metall GmbH wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne StR Esterbauer, GR Ing. Pill
StR DI Grabner-Sittenthaler, GR Graf)

an IIb am 16.12.2019 / La

**3. Gemeindegzuschlag zur Freizeitwohnungspauschale;
Erlassung einer neuen Verordnung**

GR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/3 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Die Verordnung über den Gemeindegzuschlag zur Freizeitwohnungspauschale wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 22.11.2019 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne StR Esterbauer, GR Ing. Pill
StR DI Grabner-Sittenthaler, GR Graf)

an IIa am 16.12.2019 / La

4. Braunauer Ausstellungsverein; Förderansuchen für Frühlings- und Herbstmesse 2020

GR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Mikula führt aus, dass der Braunauer Ausstellungsverein in Braunau zwei wunderbare Messen veranstaltet, die ganz toll besucht sind und jedes Jahr einen Ansturm erleben, der sich immens gesteigert hat. Die Hallen sind mittlerweile saniert, die Heizung wurde für die Frühjahrsmesse eingebaut, da man früher drinnen sehr gefroren hat. Nun hat man aber einfach einen Punkt erreicht. Man hat damals eine Anstoßförderung von 25.000 Euro gemacht, und er fragt sich, ob das noch immer notwendig ist. Die Messen sind ein Selbstläufer, man erfährt aus der Zeitung, dass kaum die Frühjahrsmesse zu Ende ist, die Herbstmesse schon wieder ausgebucht ist. Das Rad läuft, weswegen er hinterfragt, ob noch immer eine Förderung notwendig ist. Daher wird er sich bei diesem Punkt enthalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/4 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Dem Braunauer Ausstellungsverein wird für beide Messen eine Förderung in Höhe von EUR 25.000,00 (Sachleistungen inkludiert) gewährt. Die Anweisung der Förderung erfolgt nach Vorliegen einer Abrechnung der jeweiligen Messe in zwei gleichen Raten von jeweils EUR 12.500,00.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, FPÖ- und Grüne-Fraktion

StR DI Grabner-Sittenthaler,

GR Knauseder, GR Eiblmaier

GR Ing. Weibold, StR Feichtenschlager,

GR Wagner, GR Streitberger, GRE Mann

Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung:

GR Mikula

an IIa am 16.12.2019 / La

5. Änderung der Abfallordnung und Neuerlassung**GR HR Mag. Gaisbauer** berichtet über den Tagesordnungspunkt.Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/5 abstimmen.**Antrag:**

Die vorliegende und vollinhaltlich zur Kenntnis gebrachte Abfallordnung der Stadtgemeinde Braunau vom 15.11.2019 wird inclusive Anhang genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne StR Ing. Mag. Haberfellner, GR Stoiber)

**6. B 148 Altheimer Straße - Bereich "Neue Grenze";
Grundgrenzenänderung/Grundtransaktionen im Zusammenhang mit der
Schlussvermessung gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz sowie Auflassung von
Teilflächen aus dem öffentlichen Gut auf Grundlage Vermessungsurkunde Amt der
OÖ Landesregierung Abteilung GeOL vom 07.02.2019, GZ: 148-38g/18****GR HR Mag. Gaisbauer** berichtet über den Tagesordnungspunkt.Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/6 abstimmen.

Antrag:

- a) Der Auflassung des öffentlichen Gutes auf Grundlage Vermessungsurkunde Amt der OÖ Landesregierung Abteilung GeoL vom 07.02.2019, GZ: 148-38g/18 wird zugestimmt.
- b) Den vorangeführten vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Grundtransaktionen auf Grundlage der Vermessungsurkunde des Amtes der OÖ Landesregierung Abteilung GeoL vom 07.02.2019, GZ: 148-38g/18, der anlässlich der Grenzbegehung mündlich erteilten Zustimmung der betroffenen Eigentümer a - d sowie den Grundübertragungserklärungen der Eigentümer a-c vom 16.11., 26.11. und 02.12.2019 wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne StR Ing. Mag. Haberfellner, GR Bachinger,
StR Außerhuber-Camposeco)

an IIIa am 16.12.2019 / La

7. **Radweg Michaelistraße – Verlängerung bis zur Kreuzung Heinrichstraße; Tauschvereinbarung**

GR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR DI Hackl sagt, dass diese Tauschvereinbarung eine sehr schwere Geburt war, wie alle wissen, die daran beteiligt waren. Er möchte sich hier ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde bedanken, die da als Geburtshelfer fungiert haben und wirklich viele Stunden, Tage und Wochen damit verbracht haben um mit Herrn Baischer eine Vereinbarung zu erreichen. Man hat dies noch gerade im letzten Moment geschafft. Er möchte sich dafür bedanken, dass man diesen Radweg errichten kann und er hofft es gelingt dann auch noch, die großzügige EU-Förderung für diesen Radwegebau zu erreichen. Aber natürlich ist es mit diesem Radweg noch nicht getan, es besuchen ja nicht nur Schülerinnen und Schüler aus Haselbach die HTL und die HLW, sondern auch solche aus Ranshofen. Das heißt der nächste Schritt wird dann die Fortsetzung des Radweges nach Ranshofen sein, und er hofft hier auf genauso viel Kreativität und Beharrlichkeit.

GR DI Parfant möchte sich als Obmann des Bau- und Umweltausschusses noch dazu äußern. Momentan ähnelt der Radweg noch einem Schildbürgerstreich mit Ende an der Sparkassenstraße, deswegen ist es sehr erfreulich, dass es jetzt eine Lösung gibt und man den Geh- und Radweg nun verlängern kann. Er möchte ein großes Lob an die Verkehrsplaner aussprechen, es ist nicht nur ein toller Radweg geworden, sondern man hat auch einen großzügigen Grünstreifen geschaffen, und es wurden auch neue Bäume gepflanzt, was sehr erfreulich ist.

Vbgm. Esterbauer meldet sich als Obmann des Verkehrsausschusses zu Wort. Dass dort Bäume gepflanzt wurden, war eine Anregung des Verkehrsausschusses die von der Gemeinde aufgenommen wurde. Man hat sich gemeinsam sehr vehement dafür eingesetzt, dass man, wo immer es möglich ist, bei Straßenbauten, Sanierungen usw. auch Bäume pflanzt. Auch wenn es ab und an mal einen Parkplatz kostet, dann ist das nun mal so. Aber vom Verkehrsausschuss aus ist man sehr bestrebt, wo immer es möglich ist, auch Bäume zu pflanzen.

StR DI Grabner-Sittenthaler möchte sich zu guter Letzt als Obmann des Planungsausschusses zu Wort melden um den Kreis zu schließen. Er möchte hier eine Lanze für die Stadtgemeinde brechen, weil man an dem Fall – es war übrigens der Fall Pichler – ganz genau gesehen hat, wie eingeschränkt der Handlungsspielraum nicht nur der Stadtgemeinde oder der Stadtverwaltung, sondern vor allen Dingen auch der Politik ist. Es war sozusagen auf einen Geburtsfehler im Raumordnungsgesetz aus 1994 zurückzuführen, darauf wird er später im Planungsausschuss auch noch zurückkommen, was da schiefgelaufen ist. Man hat leider wenig Handlungsspielraum, das ist das große Manko in der Raumplanung. Deswegen ist die Raumplanung auch so wichtig, weil sie die Lebensgrundlage für alle regelt oder bereitstellt. Die Beharrlichkeit war natürlich gut, von Seiten der Verwaltung aber auch der Politik. Man ist froh, dass der Radweg jetzt bis nach vor geht, seine Frau ist Lehrerin an der HLW, und sie hat ihm Geschichten erzählt, was die Schüler bei dieser Überfahrt, die auch nicht ungefährlich war, alles erlebt haben. Auch die Schüler haben gefragt, ob in der Politik nur lauter Wahnsinnige sitzen. Viele Menschen wissen aber auch nicht, dass es sehr wohl im Interesse der Stadt Braunau ist, dass der Radweg ordentlich weitergeführt wird, es eine Anbindung an die Kreuzung Heinrichstraße gibt und, wie schon von Herrn GR DI Hackl erwähnt wurde, man muss dann nachdenken, wie es nach Ranshofen weitergeht. Aber man muss immer wieder erwähnen, dass eben der Handlungsspielraum, gerade durch das Eigentumsrecht, sehr stark eingeschränkt ist.

GR Ing. Weibold meldet sich weder als Obmann eines Ausschusses noch sonst etwas, sondern als einfacher Radfahrer zu Wort. Seiner Meinung nach ist der Radweg sehr gelungen, vor allen Dingen die Beleuchtung ist so, dass es ihm schon einige Male passiert ist, dass er ohne Licht gefahren ist und erst in der Sparkassenstraße bemerkt hat, dass er nichts sieht. Erst dann musste er das Licht einschalten. Soll heißen, dass der Radweg ausgesprochen gut beleuchtet ist, und zwar auch so, dass die Lichtpunkte auf den Fahrradweg fallen, nicht so wie in der Konrad Meindl-Straße, wo sie auf den Grünstreifen fallen.

Bgm. Mag. Waidbacher bedankt sich bei allen Beteiligten. Es war nicht so leicht eine Gleichung mit bis zu 5 oder 6 Variablen aufzulösen, aber man hat es letztendlich geschafft. Dafür möchte er sich bei allen recht herzlich bedanken, vor allem bei der Mitarbeiterschaft, die sehr kreativ war. Er denkt, dass man dann nächstes Jahr das Ergebnis wird sehen können. An DI Mag. Hackl gerichtet erklärt er, dass die Förderzusage da ist, man musste nur schauen, dass man möglichst schnell das Grundstück bekommt, auch das ist damit gelungen und damit steht der Realisierung nichts mehr im Wege. Wegen der Weiterführung erklärt er, dass man den Heinrichberg hinauf beidseitig einen Angebotstreifen hat, aber so wie er das einschätzt, wird man ohne Tauschflächen keinen Millimeter weiterkommen.

GR DI Hackl erklärt, dass es ihm um einen Radweg in die Unterstadt von Ranshofen ginge.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/7 abstimmen.

Antrag:

Zur Realisierung der Weiterführung des Geh- und Radweges an der Michaelistraße bis zur Kreuzung Heinrichstraße wird der Tauschvereinbarung laut vorliegendem zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 25.11.2019 zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

IV. Antrag des Kulturausschusses:

1. Verein Kultur im Gugg; Ansuchen um Förderung für den kulturellen Veranstaltungsbetrieb

GR Šijaković berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Dem Verein Kultur im Gugg wird eine Förderung für den kulturellen Veranstaltungsbetrieb im Kulturhaus der Stadt Braunau für drei Jahre (2020, 2021 und 2022) zugesichert, die Jahresförderung hierfür wird jeweils in Höhe von EUR 100.000,00 gewährt.

Die Auszahlung der Förderung erfolgt in zwei Raten zu je EUR 50.000,00 im Februar und Juli. Zu Jahresende ist der Stadtgemeinde unaufgefordert eine Abrechnung mit saldierten Rechnungsbelegen sowie eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung vorzulegen.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an KK am 16.12.2019 / La

V. Anträge des Bildungsausschusses:

**1. Kindergarten Stadt – zwei zusätzliche KG-Gruppen
Errichtung Holzleichtbauobjekt – Grundsatzbeschluss**

GR Graf berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/1 abstimmen.

Antrag: (mit Bau- und Fin.A.)

Der Errichtung eines Holzleichtbauobjektes, angedockt an den Kindergarten Stadt, wird grundsätzlich zugestimmt. Die Gesamtinvestitionskosten betragen rd. EUR 440.000,00 netto. Zur Erreichung der Barrierefreiheit wird um einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von EUR 30.000,00 angesucht. Durch die „Gemeindefinanzierung NEU“ ist mit einer Förderung in Höhe von 20 % der verbleibenden Netto-Investitionskosten zur rechnen. Die restlichen Netto-Investitionskosten in Höhe von 80 % sind aus Eigenmitteln der Stadtgemeinde Braunau im Jahr 2020 zu bedecken.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne GR Hermann und GR HR Mag. Gaisbauer)

an Ib am 16.12.2019 / La

2. Krabbelstube „Löwenzahn“, Mozartstraße 37, Braunau am Inn; vorläufiges Budget 2020 – Genehmigung

GR Graf berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/2 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Die Stadtgemeinde Braunau am Inn genehmigt gemäß Punkt III der Vereinbarung zur Trägerschaft der Krabbelstube „Löwenzahn“ vom 19.10.2010 das von der Familienzentren GmbH der Oö. Kinderfreunde vorgelegte Budget 2020 vom 11.09.2019 mit einem voraussichtlich notwendigen Gemeindebeitrag in Höhe von EUR 357.598,00.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne GR Hermann, GR HR Mag. Gaisbauer
GR Ing. Weibold)

an Ib am 16.12.2019 / La

3. **Oö. Jugendcenter-Unterstützungsverein, Subventionsansuchen 2020**

GR Graf berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/3 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Zustimmung zur Gewährung einer pauschalen Jahresförderung in Höhe von EUR 24.000,00 für den Betrieb des JUZ Braunau für das Jahr 2020. Die Auszahlung erfolgt in zwei Raten zu je EUR 12.000,00 im März und September. Am Jahresende sind unaufgefordert ein Tätigkeitsbericht und eine Abrechnung vorzulegen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne GR Hermann, GR HR Mag. Gaisbauer
GR Ing. Weibold)

an lb am 16.12.2019 /La

4. **Y4U-Jugendforum Braunau, Ansuchen um Jahresförderung 2020 für den Betrieb der Jugendräume Braunau, Neustadt und Ranshofen**

GR Graf berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Bachinger erklärt, dass sich die FPÖ-Fraktion bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten wird. Man wird nicht dagegen stimmen, weil man grundsätzlich für die Förderung der Jugendzentren ist, aber was man nicht einsieht ist, dass es jährlich mehr wird ohne dass es Mehrleistungen gibt. Deswegen wird man sich diesem Punkt enthalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/4 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Zustimmung zur Gewährung einer pauschalen Jahresförderung in Höhe von EUR 73.000,00 für das Jahr 2020 für den laufenden Betrieb des Jugendforums Y4U. Die Auszahlung erfolgt in zwei Raten zu je EUR 36.500,00 im März und September 2020. Am Jahresende sind unaufgefordert ein Tätigkeitsbericht und eine Abrechnung vorzulegen.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, SPÖ- und Grüne-Fraktion

Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung:

FPÖ-Fraktion

(ohne GR HR Mag. Gaisbauer)

an lb am 13.12.2019 / La

5. Y4U-Jugendforum, Betreuungspersonal**GR Graf** berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Bachinger erklärt, dass man bei diesem Punkt dagegen stimmen wird, und zwar aus folgenden Gründen. Beim Y4U hat jetzt ein Mitarbeiter gekündigt, das heißt, die Stunden die jetzt schon gefördert werden, werden gar nicht ausgenützt. Dann erhöht man jetzt die Stunden, obwohl man gar nicht weiß, ob man Personal hat und wie man die Öffnungszeiten dann im Endeffekt besetzt, weil eben das Personal noch fehlt. Zu den Besucherzahlen ist noch zu sagen, dass sie sich zwar erhöht haben, das stimmt, aber es sind auch Besucherzahlen von Veranstaltungen, die außerhalb des Y4U stattfinden dazugerechnet worden.

GRE Hackl ist heute als Vertretung im Gemeinderat und sie sitzt auch als Vertretung im Bildungsausschuss und es gibt zu diesem Thema immer Diskussionen. Es ist so, dass diese Kinder und Jugendlichen, die dort betreut werden, diese Betreuung brauchen, weil sie vielleicht nicht das Glück haben, wohlbehütet in einem guten Elternhaus aufzuwachsen. Es ist so, dass diese Kinder dann vielleicht in späteren Jahren der Gemeinde und dem Staat viel mehr kosten, als jetzt diese zusätzlichen Stunden für die Betreuung. Kinder können aufgefangen werden und diese Kinder die aufgefangen werden müssen, werden immer mehr. Aus verschiedenen Gründen, die sie hier jetzt nicht erläutern möchte. Auch sie glaubt, dass Fachpersonal für diese Kinder zu bekommen sehr schwierig ist. Vielleicht nicht im städtischen Bereich aber sicherlich im ländlichen Bereich. Und dieses Personal, das hier mit Engagement und Idealismus arbeitet, das muss man sich halten können. Und das kann man sich nur halten, wenn man auch etwas bieten kann bzw. Perspektiven geben kann, dass sie länger angestellt werden als nur ein Jahr.

GR Graf möchte auf zwei Punkte eingehen. Seiner Meinung nach ist es Ansichtssache, ob die Besucher einer Veranstaltung eines Vereins zu den Besucherzahlen des Vereins oder nur als Besucher der Veranstaltung gewertet werden. Er geht davon aus, wenn ein Verein eine Veranstaltung macht und diese Veranstaltung wird besucht, kann man das auch als Besucher des Vereins sehen, weil ja dieser als Veranstalter tätig ist. Als zweiten Punkt betreffend der Kündigung sieht er das nicht ganz so. Wie im Ausschuss berichtet war es keine Kündigung, sondern eine Person hat selbstständig gekündigt, weil es dieser Person zu unsicher war. Das kann er auch verstehen. Man hat heute den

12. Dezember und heute erst werden die Mehrstunden für das kommende Jahr beschlossen. Und dass das für eine Person, die sehr viel Ausbildung hatte und sehr lange in diesem Bereich tätig war ein wenig zu unsicher für die Zukunft ist, ist verständlich und darin liegen auch die Gründe. Der Begriff Kündigung klingt immer sehr hart, man weiß nie, wer hat gekündigt, oder wurde gekündigt, das wollte er hier aufklären. Personal ist da, die neue Dame, die eingestellt wird, war ja auch beim Bildungsausschuss anwesend, von da her sieht er keine Gründe diesem Antrag hier nicht zuzustimmen.

GR Bachinger muss hier widersprechen. Die Dame, die beim letzten Bildungsausschuss anwesend war wurde nicht angestellt, sondern sie ist in den Verein eingetreten und hat Aufgaben im Verein übernommen. Er glaubt sie ist Obmann-Stellvertreterin oder Schriftführerin geworden, aber angestellt wurde sie nicht. Bei den Besucherzahlen muss er noch dazu sagen, dass es recht und schön ist, wenn man hier sagt, man rechnet die Besucherzahlen von Veranstaltungen mit. Aber wenn das „Fest der Begegnung“ zu den Besucherzahlen fürs Jugendzentrum gerechnet wird, oder ein Streetsoccerturnier, das von den Streetworkern veranstaltet wird, für das Jugendzentrum zu den Besucherzahlen gerechnet wird, dann passt das eben nicht und das kreidet man eben an.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/5 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Zustimmung zur Gewährung einer zusätzlichen Förderung in Höhe von EUR 23.000,00 für die weitere Anstellung einer Betreuungsperson (ca. 25 Wochenstunden) an den Verein Y4U. Die Förderung wird wieder in zwei Raten zu je EUR 11.500,00 im März und September ausbezahlt. Am Jahresende ist unaufgefordert eine Abrechnung vorzulegen. Zudem soll wieder ein jährlicher Bericht mit Öffnungszeiten, Besucherzahlen etc. unaufgefordert vorgelegt werden.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, SPÖ- und Grüne-Fraktion

Gegen den Antrag:

FPÖ-Fraktion

an lb am 13.12.2019 / La

6. Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung; Integrationsarbeit Braunau – Wohnen im Dialog; Subventionsansuchen 2020

GR Graf berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/6 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Zustimmung zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung in Höhe von EUR 20.000,00 für das Angebot „Wohnen im Dialog“ an die Volkshilfe FMB zur Integrationsarbeit in Braunau am Inn im Jahr 2020.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an Ib am 16.12.2019 / La

VI. Anträge des Planungsausschusses:**1. Gewog Aubauernweg, Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Änderung Nr. 43; Planungskostenvereinbarung**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR DI Parfant möchte darauf hinweisen, dass der Aubauernweg Richtung Talstraße aber auch Richtung Ranshofen in einem ziemlich schlechten Zustand ist, deswegen wäre es wünschenswert, wenn das Projekt mit 2021 realisiert ist, dass man dann zumindest den Teil Richtung Talstraße saniert.

Bgm. Mag. Waidbacher informiert, dass man mit den Bewohnern des Aubauernweges besprochen hat, dass man jetzt den Baustellenverkehr abwartet, weil ansonsten die sanierte Straße gleich wieder ramponiert werden würde. Wenn dann im Anschluss die finanziellen Mittel da sind, wird man den Aubauernweg in Angriff nehmen. Aber das kann er jetzt noch nicht 100%ig versprechen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/1 abstimmen.

Antrag:

Der vorliegenden, vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Planungskostenvereinbarung vom 12.07.2019 wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

**2. Gewog Aubauernweg, Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Änderung Nr. 43;
Einleitung**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/2 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung ist das Verfahren zur Änderung Nr. 43 des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 lt. Änderungsplan FW 5.43 – Gewog Aubauernweg vom 02.10.2019 nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF einzuleiten.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

**3. Rohrauer, Bebauungsplan Nr. 26 – Änderung Nr. 7;
Planungskostenvereinbarung**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/3 abstimmen.

Antrag:

Der vorliegenden, vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Planungskostenvereinbarung vom 09.10.2019 wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

**4. Rohrauer, Bebauungsplan Nr. 26 – Änderung Nr. 7;
Einleitung**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/4 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung ist das Verfahren zur Änderung Nr. 7 des Bebauungsplanes Nr. 26 lt. Änderungsplan BPL 26.7 – Rohrauer vom 31.10.2019 nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF einzuleiten.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

5. Vereine Quellenweg

Verfahrenseinstellung: ÖEK Nr. 2 – Änderung Nr. 17, Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Änderung Nr. 37

Beschlussfassung: Neuerstellung Bebauungsplan Nr. 57A (bei gleichzeitiger Aufhebung des BPL Nr. 57)

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/5 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung wird:

- a) die Änderung Nr. 17 des ÖEK Nr. 2 lt. Änderungsplan ÖEK 2.17 – Vereine Quellenweg vom 06.09.2018 aufgrund der negativen Stellungnahme des Landes Oö. nicht beschlossen und dieses Änderungsverfahren eingestellt;
- b) die Änderung Nr. 37 des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 lt. Änderungsplan FW 5.37 – Vereine Quellenweg vom 06.09.2018 aufgrund der negativen Stellungnahme des Landes Oö. nicht beschlossen und dieses Änderungsverfahren eingestellt;
- c) die Neuerstellung des Bebauungsplanes Nr. 57A lt. Plan BPL Nr. 57A – Vereine Quellenweg vom 30.10.2019 (bei gleichzeitiger Aufhebung des BPL Nr. 57) nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

6. Verordnung „Neuplanungsgebiet Kindergarten Neustadt“ – Auflassung öffentliches Gut

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/6 abstimmen.

Antrag:

Zur Sicherstellung der zeitgerechten Zurverfügungstellung von Kindergartenplätzen wird:

- a) Das Grundstück 257/120, EZ 649, KG Ranshofen, aus dem öffentlichen Gut aufgelassen.
- b) Das „Neuplanungsgebiet Kindergarten Neustadt“ lt. Entwurf vom 11.11.2019 verordnet.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

7. Anpassung D zur Nutzungsvereinbarung mit der IMMO-KIST Stegbuchner Makler & Bauträger GmbH

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/7 abstimmen.

Antrag:

Der beiliegenden Anpassung D zur Nutzungsvereinbarung vom 12.05.2014 mit der Nutzungsinteressentin, IMMO-KIST Stegbuchner Makler & Bauträger GmbH, Dorfstraße 1, 5120 St. Pantaleon, mit welcher eine Veränderung der Grundstücksgrenzen wie im Teilungsvorschlag des Geometer Schartner.Zopp Ziviltechniker GmbH, 5020 Salzburg, vom 15.07.2019 (GZ: 17505-TV1) ermöglicht wird, wird zugestimmt und die Anlage 2A-c wird durch die in diesem Sinne korrigierte Anlage 2B (Bebauungsplanentwurf) vom 11.11.2019 ersetzt.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

**8. Verständigung Gemeinde Burgkirchen
Flächenwidmungsplan Nr. 4, Änderung Nr. 23**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/8 abstimmen.

Antrag:

Die Stellungnahme zur Änderung Nr. 23 des Flächenwidmungsplanes Nr. 4 laut Schreiben IIIa/610-ne vom 18.10.2019 an die Gemeinde Burgkirchen wird als Information zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

VII. Anträge des Bau- und Umweltausschusses:

1. Gewerberechtliche Verfahren – Vorlage der Stellungnahmen der Stadtgemeinde zur Information

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VII/1 abstimmen.

Antrag:

Die Stellungnahmen der Stadtgemeinde Braunau werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

**2. ABA BA 20 und WVA BA 25 – Zusatzmaßnahmen (ÖBB);
Vergabe Bauleistungen (Vorbereitung) für 2020
ARGE Swietelsky-Strabag**

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VII/2 abstimmen.

Antrag:

Der Vergabe für die jeweiligen im Amtsvortrag angeführten Leistungen wird zusätzlich zum bestehenden Auftrag der ARGE Swietelsky-Strabag ABA BA 20 und WVA 25 gemäß den vorliegenden Angeboten vom 13.11.2019 aufgrund der Dringlichkeit zugestimmt. Die Finanzierung wird im Rahmen des Haushaltsvoranschlags 2020 berücksichtigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2019 / La

VIII. Antrag des Sportausschusses:

1. **ARBÖ Radsport Braunau, 21. Internationale Braunauer Radsporttage 2020, Eliterennen – Bundesligarennen mit ORF-Zusammenfassung, Bezirksmeisterschaften für Amateure und Hobbyfahrer, Kinderrennen; Ersuchen um Förderung**

GR Bachinger berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VIII/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Zustimmung zur Gewährung einer Barförderung in Höhe von EUR 1.000,00;
- b) Zustimmung zur Gewährung einer Gesamtförderung für Sachleistungen des Wirtschaftshofes und Assistenzleistungen von max. EUR 7.500,00 für den ARBÖ-Radsport Braunau anlässlich der 21. Internationalen Radsporttage am 08. und 09.08.2020.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Mag. Kritzinger)

an Ib am 16.12.2019 / La

IX. Antrag des Prüfungsausschusses:

1. **Prüfung von: Standesamtsverband Braunau: Aufgaben, zu Grunde liegende Verträge, bauliche Maßnahmen im Schloss Ranshofen, Organisation, Personal, Kosten und Einnahmen (insbesondere auch im Vergleich zu der Situation vor der Gründung des Verbands) – (Beilage)**

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über **TOP IX/1** abstimmen.

Antrag:

Der Bericht des Prüfungsausschusses vom 6.11.2019 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Tr am 16.12.2019 / La

X. Allfälliges

keine Wortmeldungen

Der Vorsitzende

Mag. Waidbacher eh.

Unterschriftsermächtigter der ÖVP-Fraktion

Baccili eh.

Unterschriftsermächtigter der FPÖ-Fraktion

Bachinger eh.

Unterschriftsermächtigter der SPÖ-Fraktion

Eiblmaier eh.

Unterschriftsermächtigter der GRÜNE-Fraktion

Mag. Dipl. Ing. Hackl eh.

Schriftführerin

Lahner eh.

**Gegen die vorliegende Verhandlungsschrift
wurden keine Einwendungen erhoben**

Braunau am Inn, am 13.02.2020

Der Vorsitzende

Mag. Waidbacher eh.